



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 9/14

I. Das Wichtigste zuerst

1. Frühverrentung? – Anhörung Ausschuss Arbeit und Soziales

Das Risiko einer Frühverrentungswelle durch die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren bewertete eine Mehrheit von Sachverständigen als gering. Dies wurde in der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am Montagnachmittag deutlich, in der nicht nur das Rentenpaket der Bundesregierung, sondern auch drei Anträge der Linken zu den Themen Mütterrente, Erwerbsminderungsrente und Altersarmut zur Diskussion standen.

Es gab aber auch kritische Stimmen. So betonte Eckart Bomsdorf, Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Köln: „Ob es zu einer Frühverrentungswelle kommen wird, wissen wir nicht. Die Berechnungen sind unterschiedlich.“ In dieser Hinsicht stimmte ihm Christian Rauch für die Bundesagentur für Arbeit (BA) zu, dass weder eindeutige Hinweise für oder gegen eine solche Frühverrentungswelle existierten und führte weiter aus, dass das Risiko einer missbräuchlichen Ausnutzung der Rente mit 63 eher gering sei. Einem Missbrauch der Rente mit 63 könne man am besten mit einer Stichtagsregelung begegnen, sagte Bomsdorf weiter. Er kritisierte, dass es keine Notwendigkeit für die Rente mit 63 gibt: „Es gibt keine Gerechtigkeitslücke, die dies notwendig macht. Ähnlich kritisch äußerte sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Deren Vertreter, Alexander Gunkel, betonte, durch die Rente mit 63 würden „Weichen falsch gestellt“, weil sie Fehlanreize für

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Menschen mit Behinderungen standen diese Woche ganz besonders im Fokus unserer Beratungen. Die fraktionsinterne Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz, deren Mitglied ich bin, nahm hierzu ihre Arbeit auf. Ein am Menschen und seinen Bedürfnissen orientiertes Gesetz ist unser erklärtes Ziel. Es gibt viele offene Fragen, die wir nun gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen klären werden. Ich stehe allen Betroffenen für Fragen und Anregungen sehr gerne zur Verfügung!

Gleich zwei Gemeinderäte besuchten mich und Thomas Dörflinger in Berlin (S. 4) diese Woche. Eine Schülerklasse aus Gundelfingen diskutierte mit mir ebenfalls über aktuelle Themen.

Die Woche stand außerdem ganz im Zeichen der Wirtschaftsunioren. Im Rahmen des Know-how-Transfers begleitete mich Adrian Müller von der Firma FAB GmbH Waldshut-Tiengen bei verschiedenen Sitzungen. Der Austausch erwies sich als sehr informativ und gewinnbringend für beide Seiten. Ein Gegenbesuch im Familienunternehmen ist geplant.

Zum Schluss möchte ich allen Müttern einen schönen Muttertag im Kreise der Familie wünschen und zu unserer Muttertagsaktion am Samstag (S. 5) herzlich einladen!

Ihre

Jene biete, die bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze arbeiten könnten. Einig war er sich mit einer Mehrheit der Sachverständigen darin, dass die Maßnahmen des Rentenpakets langfristig zu deutlichen Leistungsminderungen in der Rentenversicherung führen würden, weil dadurch das Rentenniveau stärker sinke als bisher geplant. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gab sich überzeugt, dass es keine massenhafte Frühverrentungswelle geben wird. Gert G. Wagner, Professor für Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin und Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung, betonte, die Wirkung der Rente mit 63 hänge stark von der allgemeinen Arbeitsmarktlage ab. Wenn die Prognosen zum drohenden Fachkräftemangel stimmten, dann komme es eher zu einer stärkeren Erwerbstätigkeit Älterer statt zu einer Frühverrentungswelle. Deswegen bedeute das Rentenpaket auch keine Abkehr von der Rente mit 67.

2. Finanzkontrolle Schwarzarbeit – Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Julian Würtenberger, der ehemalige Regierungspräsident des Regierungsbezirks Freiburg und nunmehr Abteilungsleiter Zölle, Verbrauchsteuern, Branntweinmonopol im Bundesfinanzministerium informierte unsere Arbeitsgruppe über die Organisation und die Aufgaben der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS). Die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der FKS ist das am 1. August 2004 in Kraft getretene Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz. Die operativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung werden in 41 Hauptzollämtern an 113 Standorten wahrgenommen. Die Beschäftigten sind in den Sachgebieten C (Kontrollen), E (Prüfungen und Ermittlungen) und F (Ahndung) eingesetzt.

Die FKS nimmt ein umfangreiches Aufgabenspektrum wahr. Sie bekämpft alle Formen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung mit einer Strategie aus Prävention und erhöhtem Verfolgungsdruck. So wird u.a. geprüft, ob Arbeitgeber ihre Beschäftigten ordnungsgemäß zur Sozialversicherung angemeldet haben, ob Sozialleistungen zu Unrecht bezogen werden oder wurden, ob Ausländer notwendige Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen haben und ob die Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und die Lohnuntergrenze nach Arbeitnehmerüberlassungsgesetz eingehalten wurden. Die FKS führt dazu anlassbezogene und verdachtsunabhängige Prüfungen durch. Für die Prüfung der **Einhaltung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes ab 1. Januar 2015** nach dem Mindestlohngesetz sind die Behörden der Zollverwaltung (FKS) zuständig.

3. Der Mensch im Fokus – Das neue Bundesteilhabegesetz kommt



Am Montag, dem **europaweiten Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**, fand das erste fraktionsinterne Gespräch zum geplanten Bundesteilhabegesetz statt. Als Berichterstatterin für das Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) und damit für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft werde ich mich aktiv an der Umsetzung des Gesetzesvorhabens beteiligen. Als Christlich Demokratische Union wollen wir den Menschen und seine individuellen Bedürfnisse in den Vordergrund stellen. Die Potenziale, die jeder einzelne Mensch besitzt, sind das Ausschlaggebende

und nicht seine Defizite. Wahlfreiheit und selbstbestimmtes Leben sind für uns die wichtigsten Leitlinien, die wir bei der Formulierung des neuen Bundesteilhabegesetzes beachten werden. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Dabei werden wir eng mit Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden zusammenarbeiten. **Ich stehe allen Betroffenen im Wahlkreis für Gespräche zur Verfügung und bitte ausdrücklich um Übermittlung von Anregungen und Hinweisen. Nur im Dialog werden wir die Probleme besser erfassen und lösen können.** Am Ende der Sitzung haben wir uns auf die Formulierung eines Eckpunktepapiers geeinigt, welches wir gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion vorlegen werden.

II. Die Woche im Parlament

1. Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2014. In erster Lesung beraten wir umfassende Maßnahmen zur Verminderung des Kostenanstiegs von Strom aus Erneuerbaren Energien, deren weiterer Ausbau gleichzeitig gesichert wird. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält dazu eine Festlegung verbindlicher Ausbaukorridore, einen Abbau von Überförderungen, eine stärkere Marktintegration sowie eine stärkere Beteiligung der Eigenstromerzeuger an der EEG-Umlage. Die EU-rechtlich vorgegebene Neuregelung der Besonderen Ausgleichsregelung für die stromintensive Industrie wird die Bundesregierung noch in dieser Woche in einem separaten Gesetzentwurf beschließen. Wir werden dafür sorgen, dass sie im Zusammenhang mit der EEG-Novelle im Bundestag beraten und beschlossen werden können.

2. Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes [Branche: Fleischindustrie]. Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung die unverzügliche Aufnahme der Branche „*Schlachten und Fleischverarbeitung*“ in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes. Gerade die Arbeitsbedingungen in der fleischverarbeitenden Industrie galten aufgrund der hier nur eingeschränkt herrschenden Tarifstruktur oft als unangemessen. Der im Januar 2014 vereinbarte bundeseinheitliche Tarifvertrag für die Fleischindustrie, der einen Mindestlohn für alle Mitarbeiter in dieser Branche festschreibt, kann so auch für entsandte ausländische Arbeitnehmer greifen.

III. Sonstiges

1. Know-how-Transfer 2014 - Wirtschaftsjunior Adrian Müller aus Albrück-Birndorf

Adrian Müller ist seit 2008 im Familienunternehmen FAB GmbH, einem mittelständischen Hersteller für Logistik-Systeme in Waldshut-Tiengen im Bereich Leitung Einkauf, Controlling und Export, tätig. Herr Müller begleitete mich im Rahmen des Know-how-Transfers der Wirtschaftsjunoren Deutschland diese Woche bei der Arbeit in Berlin. Auf dem Programm standen außerdem eine Diskussion mit der Bundeskanzlerin und unserem Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Gesell-



schaft. Daher ist ein ständiger Dialog mit unserem Mittelstand unabdingbar. Ein Gegenbesuch im Unternehmen ist bereits in Planung.

2. Gemeinderat Wehr und Grafenhausen in Berlin! Diese Wochen kamen gleich zwei Gemeinderäte nach Berlin und wurden von mir und Thomas Dörflinger in Empfang genommen.



Gemeinderat Wehr

Gemeinderat Grafenhausen



3. IBM – Im Gespräch mit Manager David N Barnes, Vice President global workforce policy



Die IBM ist in 170 Ländern der Welt operativ tätig und beschäftigt weltweit mehr als 400.000 Mitarbeiter. Dabei verfolgt das Unternehmen eine sehr moderne Personalstrategie und sieht sich als Vorreiter einer digitalen Arbeitswelt. David Barnes leitet seit vielen Jahren das weltweite workforce policy team von Governmental Programs der IBM Corporation aus Washington DC heraus. Das Gespräch handelte vorrangig von Chancen und Herausforderungen einer modernen und flexiblen Arbeitswelt. Mehr als 20.000 Beschäftigte sind für das Unternehmen in Deutschland tätig.

(Bild privat: David N Barnes, Gabriele Schmidt, Silke Steltmann, Lilian-Astrid Geese)

4. Neigungskurs Politik des Albert-Schweitzer-Gymnasiums im Bundestag. Gemeinsam mit Peter Weiß (Wahlkreis Emmendingen) empfing ich in dieser Sitzungswoche Schülerinnen und Schüler des Albert-Schweitzer-Gymnasiums im Deutschen Bundestag. Dem Neigungskurs Politik gehören auch Schülerinnen und Schüler des Goethe-Gymnasiums Emmendingen an. Die Klasse zeigte großes Interesse an Themen wie Inklusion, das Rentensystem und die anstehenden Kommunalwahlen.



IV. Aktuelle Hinweise/Termine

Muttertagsaktion am 10. Mai, von 10.00 bis 12.00 Uhr, in Tiengen, beim Löwendenkmal

Mütter haben sich die höhere Mütterrente verdient!

Wir halten Wort. 9,5 Millionen Mütter und etwa 150.000 Väter sollen mit Wirkung zum 1.7.2014 für jedes vor 1992 geborene Kind zusätzlich einen Entgeltpunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung oder 28 Euro pro Kind monatlich mehr bekommen!

Gemeinsam mit der Frauenunion lade ich Sie herzlich ein, an unserem Stand am Samstagvormittag vorbeizuschauen!



Ich freue mich auf Sie!

Pflegetur - 12. Mai ist Pflegetag!

Am kommenden Dienstag, dem 13. Mai, begleite ich ab 6.15 Uhr das Pflegeteam Wutöschingen der Sozialstation Oberes Wutachtal auf der Tour seiner täglichen Arbeit.

Sozialstationen nehmen gerade in unserem ländlichen Raum lebenswichtige Aufgaben wahr und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag zu einem würdigen und besseren Leben von Pflegebedürftigen. Pflegebedürftige Menschen sind in hohem Maße auf Unterstützung angewiesen. Die tägliche Arbeit der Pflegefachpersonen verdient mehr Anerkennung und Wertschätzung in unserer Gesellschaft. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels umfassen die Umsetzung der Pflegereform, die Neudefinierung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die Entbürokratisierung in der Pflege eines der wichtigsten Vorhaben in dieser Legislaturperiode. Ich möchte mir gerne persönlich einen Eindruck über die tägliche Arbeit verschaffen.